

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Martin Brandl (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur

Werben für die Bundeswehr und den Bundesfreiwilligendienst in rheinland-pfälzischen Schulen

Die **Kleine Anfrage 124** vom 11. Juli 2011 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwiefern wird die Landesregierung eine Werbung für den Bundesfreiwilligendienst sowie für die beruflichen Chancen der Bundeswehr im Rahmen der Berufsorientierung an den rheinland-pfälzischen Schulen ermöglichen?
2. Welche Kontakte in die Schulen des Landes Rheinland-Pfalz gibt es bisher?
3. Welche Pläne gibt es, die bisherigen Kontakte zwischen Bundeswehr und den rheinland-pfälzischen Schulen an die Erfordernisse einer Berufsarmee anzupassen?

Das **Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 2. August 2011 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die Kontakte der Bundeswehr mit rheinland-pfälzischen Schulen werden über die mit den Jugendoffizieren der Bundeswehr im Jahre 2010 abgeschlossene Kooperationsvereinbarung geregelt. In der Vereinbarung ist festgelegt, dass die Jugendoffiziere einen Beitrag zur politischen Bildung leisten, die Vereinbarung hat aber nicht das Ziel, junge Menschen für die Berufsarmee anzuwerben. Dies ist auch für die Zukunft nicht vorgesehen.

Mit den Trägern des Bundesfreiwilligendienstes wurden die Verwendungsmöglichkeiten im schulischen Bereich bereits erörtert. In diesem Zusammenhang hat die Landesregierung entschieden, dass sowohl Helferinnen und Helfer im Bundesfreiwilligendienst als auch solche im Jugendfreiwilligendienst im Rahmen eines Ganztagsschulangebots eingesetzt werden können. Für den Einsatz ist der Abschluss entsprechender Verträge vor Ort erforderlich.

Zu Frage 2:

Der Landesregierung ist bekannt, dass es bereits Kontakte mit Schulen gibt. Dies gilt sowohl für die Bundeswehr wie für den Bundesfreiwilligendienst. Welche konkreten Kontakte im Einzelnen mit den Schulen bestehen, ist der Landesregierung nicht bekannt. Dazu wäre eine aufwendige Erhebung an den Schulen notwendig. Dies ist im Rahmen der Beantwortung einer Kleinen Anfrage nicht zu leisten.

Zu Frage 3:

Solche Pläne gibt es nicht. Im Übrigen verweise ich auf die Antwort auf Frage 1.

In Vertretung:
Michael Ebling
Staatssekretär

